

Nebräer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilt, Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachpost: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 RM. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 121

Sonnabend, den 11. Oktober 1930

43. Jahrgang

Zur Kabinettsitzung.

Rein Wechsel der Außenpolitik.

Berlin, 9. Oktober.

Zu der amtlichen Verlautbarung über die Kabinettsitzung, an der sämtliche Minister teilnahmen, wird von gut unterrichteter Seite noch ergänzend berichtet, daß die Erklärungen des Reichsaußenministers über die künftig zu verfolgende deutsche Außenpolitik auch von allen Ministern gebilligt worden sind.

Die Regierungserklärung, die der Reichstag vor dem Reichstag abgeben wird, dürfte in außenpolitischer Hinsicht etwa betonen, daß das amtierende Kabinett die bisherige Außenpolitik fortzusetzen gedenkt, daß es jedoch den europäischen Zustand, wie er durch die Friedensverträge und die Reparationsabmachungen herbeigeführt worden ist, keineswegs als endgültig ansieht.

Vortrag Brünings beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident Dr. Brüning hielt dem Reichspräsidenten Vortrag über den Ausgang seiner Parteiführerbekämpfung. Es ist anzunehmen, daß er hierbei gleichzeitig auch über den wesentlichen Inhalt der Regierungserklärung, die er am kommenden Dienstag oder Mittwoch dem neuen Reichstag vorzutragen gedenkt, berichtet wird.

Nach Lage der Dinge kommt zur Zeit die Erstellung irgendwelcher neuen Vollmachten durch den Reichspräsidenten an Dr. Brüning selbstverständlich nicht in Frage.

Vorher in dieser Hinsicht weitere Entscheidungen getroffen werden, wird abzuwarten bleiben, wie sich der Reichstag zu der Erklärung des Reichspräsidenten stellt. Auch die von verschiedenen Seiten propagierte Umbildung des Reichspräsidenten in personeller Hinsicht dürfte keineswegs aktuell sein.

Die Industrie zur Sanierung

Berlin, 10. Oktober.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat sich in einer außerordentlichen Präsidialsitzung mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung beschäftigt und dazu folgende Stellung eingenommen:

Der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung ist als ein erster Schritt zu wünschigen, die öffentlichen Finanzen Deutschlands in Ordnung zu bringen und die deutsche Wirtschaftspolitik den Verhältnissen anzupassen, die durch die Veränderungen auf dem Weltmarkt, durch die hohen Reparationsverpflichtungen Deutschlands und die verkehrten Maßnahmen der Vergangenheit entstanden sind. Der Plan ist geeignet, das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen, wenn er tatkräftig durchgeführt wird und wenn alle Volksteile in dem Wunsche einig sind, unter Vermeidung von Experimenten den völligen Wirtschaftsumbruch abzuwehren.

Es ist nicht Aufgabe des Augenblicks, zu den Einzelheiten des Planes Stellung zu nehmen und auf die an manchen Stellen vorhandenen Mängel und Unstimmigkeiten hinzuweisen, weil die Gesamtziele erst abgeklärt werden müssen. Der Grundgedanke des Programms ist richtig, wenn er davon ausgeht, daß in erster Linie unter äußerster Sparsamkeit und unter Eindämmung der wirtschaftsschädlichen Steuern eine einheitliche und zielfähige Gestaltung der öffentlichen Finanzpolitik und eine vollständige Ordnung der öffentlichen Finanzen, insbesondere auch der Finanzen der Länder und Gemeinden, geschaffen werden muß.

Die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß ist nur möglich, wenn die Höhe der öffentlichen Ausgaben und aller Bestandteile der Produktionskosten nicht mehr hemmend im Wege liegt. Nur so kann auch der Preisabbau der Verbrauchsgüter und Produktionsmittel verwirklicht werden.

Wenn es gelingt, auf diesem Wege die Produktionskosten zu vermindern und den Preisabbau zu sichern, dann bedeutet die Herabsetzung von Lohn und Gehalt keine Verminderung der Kaufkraft und keine Beeinträchtigung der Lebenshaltung. Vielmehr bewirkt die dadurch ermöglichte Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben eine Erhöhung der Gesamtkaufkraft und der des einzelnen. In keinem Programm für die Gesundung der innerdeutschen Verhältnisse darf die Verwaltungs- und Verfassungsreform fehlen. Sie ist von entscheidender Bedeutung und darf nicht aufgeschoben werden.

Gewerkschaften — Regierungsprogramm.

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 10. Oktober.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine Vorbereitungsabteilung, in der außer zu organisatorischen Fragen

auch zu der gegenwärtigen schwierigen Gesamtlage Stellung genommen wurde. Zu dem Regierungsprogramm nahm der Vorstand folgende Stellungnahme an:

Die überaus ernste Lage der sich Staat und Wirtschaft befinden, erfordert auf verschiedenen Gebieten durchgreifende und auf weite Sicht bedachte Maßnahmen. Der D. G. B. begrüßt eine Reihe der im Regierungsprogramm vorgezeichneten Maßnahmen. Ungeachtet dieser Zustimmung bringt der Vorstand aber zum Ausdruck, daß er gegen verschiedene Punkte des veröffentlichten Programms und seiner Begründung wesentliche Bedenken hat.

Er hält u. a. eine noch stärkere Einschränkung der Verwaltungsausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden für notwendig. Die letzte Regelung der Arbeitslosenversicherung muß in Zukunft einer zweckmäßigeren, organischen Gestaltung mit dem Ziele einer Entlastung Platz machen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt eine gerechte Lohnverteilung und wendet sich nachdrücklich gegen die jetzt allgemein einschleichen Bestrebungen auf weitere Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitnehmenden Volksschichten. Die Arbeitnehmer haben selber die größten Opfer für die Gesundung der Wirtschaft gebracht.

Den leitenden Gedanken der Begründung des Regierungsprogramms, daß die Höhe der Gehälter und Löhne sowie der Soziallöhne der auch von uns gewünschte Erhaltung einer leistungsfähigen Wirtschaft hemmend im Wege stehen, hält der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes für unbegründet. Zu dieser Stellungnahme führt sich der Vorstand unumwunden verpflichtet, als das Regierungsprogramm zu dem notwendigen Preisabbau eine entsprechende Stellungnahme vermissen läßt.

Die Christlichdemokratische Gewerkschaftsbewegung verlangt vor allen Dingen die Befreiung des deutschen Volkes von den überspannten Lasten des Youngplans.

... und der Christlichen Gewerkschaften

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist in Romingantur eine Sitzung ab, in der er sich an erster Stelle mit dem Programm der Reichsregierung beschäftigt. In dem Programm sehen die Christlichen Gewerkschaften einen ernstlichen Versuch, in Staat und Wirtschaft wieder zu gelübteren Verhältnissen zu kommen.

Zu einigen Punkten des Programms und seiner Begründung durch die Reichsregierung haben die Christlichen Gewerkschaften besonders nach der sozialpolitischen Seite hin ernste Bedenken. Die Christlichen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren wiederholt eine gerechte Lohnverteilung verlangt. Diese Forderung stellen sie jetzt erneut mit allem Nachdruck auf. Das deutsche Volk, das zur Zeit unter den Beschlüssen des Youngplans schwer leidet, bedürfte dringend der Befreiung von ungeraden und überspannten außerpolitischen Lasten und Bedrückungen.

Sorgen der Landwirtschaft.

Erleichterungen für Verbindlichkeiten.

Berlin, 10. Oktober.

Unter Vorbehalt von Reichsminister Schöler wurde im Reichsernährungsministerium von Vertretern der Kreditinstitute, des Handels und der Genossenschaften darüber verhandelt, welche Erleichterungen für die fälligen landwirtschaftlichen Herbstverbindlichkeiten angeht. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gewahrt werden können. Uebereinstimmung bestand darüber, daß

eine generelle Prolongation der fälligen Wechsel nicht angängig

ist, da hierdurch die Finanzierung der nächstjährigen Dingenmittelbeschaffung gefährdet werden würde. Die große Mehrheit der erschienenen Vertreter war in Würdigung der gesamten landwirtschaftlichen Lage und der bestehenden Absatzschwierigkeiten für Ernteezeugnisse bereit, die

Rückforderungen auf die in den nächsten Wochen fälligen Dingenmittelwechsel unter individueller Prüfung der Verhältnisse elastisch zu gestalten.

sofern die entsprechenden verwertbaren Teile der Ernte beim Erzeuger noch vorhanden sind. Eine Ueberlieferung der Dingenmittelkredite der vergangenen und der bevorstehenden Dingenmittelpagungen soll dabei als weder im Interesse der Landwirtschaft noch ihrer Gläubiger liegend betrachtet werden.

Groener über den Reichswehrprozeß.

Ein Brief an General von der Goltz.

Berlin, 9. Oktober.

Reichswehrminister Groener hat in verschiedenen deutschen Zeitungen erschienenen Artikeln von Generalmajor A. Graf von der Goltz an diesen einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Sie haben Bemerkungen zu dem Prozeß gegen die Ulmer Offiziere veröffentlicht, deren grundsätzliche Bedeutung mir veranlaßt, näher auf sie einzugehen.

Sie werfen zunächst die Frage auf, ob die Verurteilungen dieser jungen Offiziere nicht disziplinar hätten erledigt werden können. Hierzu ist folgendes zu sagen:

Nach der ersten Mitteilung, welche der Oberleutnant Weishoff pflichtgemäß nach der Unterredung mit dem Leutnant Scheringer seinem Kommando machte, ist eine disziplinare Unterredung durch einen General, einen Major und einen Heeresamtsrat veranlaßt worden. Da Scheringer damals seine Befehlsbefugnisse als durchaus harmlos hinworfeln wollte und da er insbesondere durch das Zeugnis des damals noch nicht befristeten Leutnants Rubin völlig entlastet wurde, habe ich geglaubt, den offenen Auslagen der beiden jungen Offiziere Glauben schenken zu können. Die Angelegenheit sollte durch eine einbringliche kameradschaftliche Belehrung als erledigt gelten.

Zwei Monate später ging jedoch eine Meldung eines anderen Offiziers ein, die betrug, daß der Leutnant Rubin an dem gleichen Tage, an dem Leutnant Scheringer in Elmsdorf war, in Berlin eine Befehlsbefugnisse erhalten hatte, in welcher dieselben Befehlsbefugnisse, die schon Oberleutnant Weishoff gemeldet hatte, in noch schärferer Form zum Ausdruck gekommen waren. Insbesondere war von einer „zentrale in München“ die Rede gewesen. Durch diese schwere Bezeichnung des Leutnants Rubin war die Glaubwürdigkeit der beiden Offiziere beeinträchtigt worden.

Sie wissen weiterhin die Art der Verhaftung der Offiziere behandelt. Hierzu ist folgendes festzustellen: Ort und Zeit der Verhaftung wurden von dem Unterinspektionsrichter und dem ihn begleitenden Stabsoffizier mit dem Abteilungsleiter der beiden Offiziere vereinbart. Sie wurden unangeführt und durch Vermittlung ihres Abteilungsleiters manubers bei einem Diener außerhalb der Garnison festgenommen. Das Ansehen des Offizierskorps wurde hierbei soweit gewahrt, wie dies überhaupt möglich war. Auch vor dem Kriege hätte kein Kommandeur die Auslieferung eines Stabsoffiziers des Reichsgerichts verweigern können.

Sie wissen als aller Sobad, daß die Grundlage der Wehrmacht bedingungslos und vorbehaltlos Gehorham ist. Eine Wehrmacht ohne einen solchen Gehorham ist wertlos. Sie werden sich gut genug kennen, um zu wissen, daß ich mit Ihnen in der Entscheidung einig bin, daß die Befreiung des Reichslandes und der Volksteile der Beruf der Reichswehr sei. Gerade diese Auffassung verlangt es, daß nicht Parteiprogramme oder löbliche Schlagworte darüber entscheiden, auf welche Art die Reichswehr dem Vaterlande dient, sondern der Wille des Reichspräsidenten und der von ihm ernannten obersten Führer. Sie allein sind in der Lage, die staatlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten zu übersehen. Wer ihre Autorität untergräbt, vergeht sich an der Wehrmacht und am Vaterland.

Wiener Zeitungsbeschlagnahmen.

Kauf der österreichischen Sozialdemokraten.

Wien, 10. Oktober.

Berücksichtigung der Landbundkorrespondenz über Verhandlungen des Majors Babst mit Italien wegen Verfestigung in der Südtiroler Frage haben zur Beschlagnahme der Stadt-Anzeige des „Neuen Wiener Extrablatt“ geführt. Auch das „Neue Wiener Tagblatt“, die „Volkszeitung“ sowie die „Neue Freie Presse“ wurden beschlagnahmt. Die Blätter haben zwei Auflagen herausgegeben und sind infolgedessen jetzt verpöckelt erschienen.

Die sozialdemokratische Partei veröffentlicht in ihrem Hauptblatt, der „Arbeiterzeitung“, den Wahlenaufruf. Für den Fall, daß die Sozialdemokraten aus den Wahlen o. h. hervorgehen sollten, daß sie die Führung der Regierung übernehmen könnten, wird u. a. die Auflösung aller Selbstschuttsverbände auf beiden Seiten, Verbot der Aufmarsche und Beschlagnahme sowie Vernichtung aller Waffen zugelegt. Die Stärke der Polizei, des Heeres und der Genarmee soll verringert werden. Durch Überhebung der Wirtschaftspolitik soll eine Befreiung der Bundesangelegenheiten der Bevölkerung sowie der Rentner ermöglicht werden. Für Getreide und Mehl wird erneut das Außenhandelsmonopol verlangt. Der Aufruf schließt: Für die Freiheit, gegen den Faschismus, für die Republik und den Anschluß an Deutschland und gegen die Monarchie.

Der Wortbruch Litauens.

Die Niemel-Bereinigungen zum größten Teil labortiert.

Berlin, 10. Oktober.

Die deutschen Vorstellungen in Romno in der Niemelfrage haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Wie nunmehr an zehnjähriger Stelle zugegeben wird, hat Litauen die in Genf eingegangenen Verpflichtungen, obwohl die Wahlen zum memelländischen Landtag bereits am 10. Okt. stattfanden, nicht eingehalten. Nur die Wahlrechtskommission ist in letzter Stunde noch umgebildet worden, während die Dreifachkommission nach wie vor weiterbesteht. Die Litauer erklären, daß sie sich bei den in der memelländischen Presse getriebenen Artikeln nicht um solche handele, die die Wahlen betreffen. Doch ist das eine glatte Unwahrheit, und es beweist, daß die litauische Regierung in dieser Hinsicht ihr Versprechen nicht gehalten hat. Kann jedoch erbracht werden.

In der Frage der Umbildung des Landesdirektoriums sind lediglich neue Verordnungen gemacht worden, von denen es aber fraglich erscheint, ob sie eingehalten werden. Der zurückgetretene Außenminister Jamnits, der prousovisch sein Amt weiterführt, hat der Reichsregierung erklärt, daß die größten Anstrengungen gemacht würden, um noch in letzter Stunde den in Genf eingegangenen Verpflichtungen

nachkommen. Nach einer Erklärung des Gouverneurs des Reichsgebietes, Merks, sollen die beiden dem Reichsamtlichen nach dem Verfall der Amtsverhältnisse nach dem Donnerstag ernannt werden. Man wird abwarten müssen, ob der Gouverneur sein Versprechen tatsächlich einhält.

Der Rücktritt des litauischen Außenministers Janus hat in deutschen politischen Kreisen keineswegs über- rascht.

Sein Rücktritt ändert jedoch nichts an der Tatsache der deutsch-litauischen Vereinbarungen. Ebenfalls besteht gar kein Zweifel daran, daß die litauische Regierung Dr. Janus bevollmächtigt hat, die Memelvereinbarungen mit Dr. Curtius abzuschließen. Unter diesen Umständen wird man erwarten müssen, daß sich die Reichsregierung zu energischeren Vorgehen gegenüber der litauischen Regierung entschließt und Genehmigung für den litauischen Wortbruch fordert.

Sturmbachrichten aus Brasilien.

Rio gefährdet. — Bahia erobert. — Neuport, 10. Oktober.

Die letzten Nachrichten aus Brasilien belagen, daß die Regierung in Rio de Janeiro in schwerigste Lage geraten ist, da es den Aufständischen gelungen ist, durch Zerstörung des Eisenbahnenpunktes Cora die Hauptstadt von Sao Paulo abzuschneiden. Weiter wird aus Montebelo gemeldet, daß die Aufständischen die Städte Bahia und Lagoa erobert haben sollen. Das Gefängnis in Parahyba ist gestürzt. Die Mörder des früheren Gouverneurs Joao Pessoa sowie andere Gefangene sollen von dem entseelten Rio gelockt worden sein.

Auch Pernambuco ist nach schweren Kämpfen in die Hände der Aufständischen gefallen. Die Zahl der Toten wird mit 150 angegeben. Bei dem Marsch auf Rio Grande de Sul folgte General Rondom mit seinen gelamten Truppen von den Aufständischen gefangenengenommen worden sein.

Rücktritt des Präsidenten von Brasilien.

Der Präsident von Brasilien, Washington Lott, ist zurückgetreten. Eine Befähigung dieser Meldung liegt jedoch noch nicht vor. Weiter wird gemeldet, daß die brasilianische Flotte gemehrt habe und zu den Aufständischen übergegangen sein soll.

Aus dem In- und Ausland.

Diskontierung der Reichsbank.

Berlin, 10. Oktober. Der Zentralausschuß der Reichsbank hat dem Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskontsatz von 4 auf 5 v. H. und den Lombardzinsfuß von 5 auf 6 v. H. zu erhöhen, zugestimmt.

Zur Begründung des Beschlusses des Reichsbankdirektoriums, den Diskont- und Lombardzinsfuß um je 1 v. H. zu erhöhen, führte Präsident Dr. Luffner vor dem Zentralausschuß aus, daß die Maßnahme der Reichsbank keinen Anlaß zur Beunruhigung zu geben geeignet ist. Die Lage des Diskontsatz habe durch die hohen Gold- und Devisenverhältnisse der letzten Zeit hierzu gewonnen. Tatsache sei, daß eine wesentliche Verringerung der Ansprüche seit dem September-Ultimo nicht eingetreten sei. Ansgangt seien bis zum Ultimo rund 808 Mill. RM. Gold und Devisen auf Schatz und Inhabersparnissen abgenommen worden. Ein Vermögen wurde durch Gold allein betragen jetzt 54,3 v. H., durch Gold und deckungsfähige Devisen 67,3 v. H. Dr. Luffner erinnerte daran, daß trotz des niedrigen Diskonts der Reichsbank bis vor kurzem noch dauernd Gold zugeführt wurde. Dieses sei in allererster Zeit umgekehrt gewesen. Dr. Luffner betonte jedoch, daß die Reichsbank sich durch feinerliche politische Manöver bei ihren Maßnahmen leisten lasse. Sie gehe nicht sachlich als Zentralanstinstitut vor.

„Der Sefenhammer“ verboten.

Darmstadt, 10. Oktober. Der heftige Minister des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik sowie der heftigen Ausführungsverordnungen, die in Darmstadt erscheinende nationalsozialistische Wochenzeitung „Der Sefenhammer“ auf die Dauer von vier Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels in der vorletzten Nummer. Gegen den mätzlichen Autorator in Heiden, in dem Maßnahmen des Innenministers kritisiert werden.

Frankenische Schulverteilung im Saargebiet.

Saarbrücken, 10. Oktober. Mit welcher Mühen für die frankenische Schule gewonnen wird, zeigt ein Vorfall, der sich vor kurzem in Altemweier abgespielt hat. Ein Bergmann wurde dabei ertränkt, als er sich von der Grube zum alten Bretter zum Aussehen seines Jannes mitnehmen wollte. Von der Grubenverwaltung wurde ihm erklärt, daß er wegen Diebstahls entlassen werde, wenn er seine Kinder nicht umgehend in die frankenische Schule führe. Um dem Gespöche der Arbeitslosigkeit zu entziehen, ist der Mann gezwungen, seine Kinder der frankenischen Schule zuzuführen.

Gefechtsübungen polnischer Freiwilliger-Verbände.

Scharnhorst, 10. Oktober. In unmittelbarer Nähe des deutschen Grenzgebietes Polens-Übungen wurden in den letzten Tagen seitens der Grenze größerer Gefechtsübungen von Freiwilligenverbänden beobachtet. An den Gefechtsübungen beteiligten sich mehrere Hundert Mann. Di Manöver waren, soweit sich von deutscher Seite feststellen ließ, gegen die deutsche Grenze gerichtet. Der Bevölkerung lag sich eine außerordentliche Erregung bemächtigt, die um so mehr zu verstehen ist, als bekanntlich vor längerer Zeit einmal ein polnisches Manöver angelegt war, das einen Angriff auf Marienwerder darstellte sollte.

Landtagsausführung in Lippe-Deimold?

Deimold, 10. Oktober. Die Abgeordneten der bürgerlichen Opposition haben beschlossen, einen Gekochentwurf einzubringen, demzufolge der lippsche Landtag mit sofortiger Wirkung aufzulösen ist. Der Landtag wird sich in seiner ersten Sitzung mit diesem Antrag zu beschäftigen haben. Unterzeichnet ist die Vorlage von sämtlichen neun Abgeordneten der bürgerlichen Opposition.

Die Befestigung der ausländischen Artilerie.

London, 10. Oktober. Zwischen der englischen und der britisch-indischen Regierung ist nach Meldungen aus Simla eine grundsätzliche Einigung dahin erzielt worden, durch militärische Operationen die Artilerie an der Nordwestgrenze in gleicher Weise zu beschärfen, wie dies vor einiger Zeit im Bezirk von Rajasthan der Fall war. Die Gesamtsumme werden auf 20 Millionen Pfund veranschlagt.

Kleine politische Meldungen.

Von Schubert beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den von Schubert in Rom ernannten italienischen Botschafter des kaiserlichen Hutes, Dr. von Schubert.

Die Offiziersverbände an Hindenburg. Die Verhandlung des Nationalverbandes Deutscher Offiziere und des Offi-

ziersverbandes haben zu Gunsten der in Leipzig vertretenen Reichs- und Offiziers der Reichspräsidenten in einer Eingabe gebeten, von keinem Verbandsratsrecht Gebrauch zu machen.

Nach der litauische Gesandte in Berlin abberufen? Hinsichtlich wird eine Meldung verbreitet, daß neben dem erfolgten Rücktritt des litauischen Außenministers Janus auch der litauische Gesandte in Berlin, Stulganows, abberufen worden sein soll.

Reisefähigkeit keine Reise König Boris nach Italien. Entgegen den bestimmten Meldungen über eine unmittelbar bevorstehende Reise des Königs Boris von Bulgarien verläuft nunmehr, daß diese Reise zunächst nicht stattfinden werde.

Aus der Umgegend

Neuro, 11. Oktober.

Ein weiterer Konflikt kommt heute Sonnabend und morgen Sonntagabend in unserer „Stadt-Kämpfern“ zur Auf- führung. Diesmal ist es die Marine, unsere blauen Jungen, denen der entsprechende Film gemeldet ist. Das der beliebteste Filmspieler der Gegenwart, Harry Hieble, die Hauptrolle als Seeoffizier spielt, ist wohl die beste Empfehlung, die man für die beiden Ereignisse im Stadt-Kampfspektakel voranschicken darf. „Der Korvetten-Kapitän“ ist der auf dem Repertoire stehende Film benannt, er bildet eine entzückende Komödie von Humor, Tempo und Spannung und bietet zugleich reizvolle Landschaftsbilder von der baltischen Küste. Die im Film vorkommenden zahlreichen beliebten Schlagszenen werden die Freunde jener Schlagszenen erhöhen und auf den Straßen unseres Städtchens noch lange nach- klingen. Wenn schließlich noch das Programm dazu hat, was es verspricht, dann werden die beiden Abende ein besseres Charak- ters beim Publikum lange in Erinnerung bleiben.

Kirmes in Großmangen. Für Sonntag und Montag ergeht wiederum eine Einladung zur Kirmes, Großmangen, unter Nachbarschaft, in diesem an der Wiese. Der gute Weg dorthin, sei es der Luftzutritt entlang oder über die Wiese bietet dem Spaziergänger ein schönes Landschaftsbild und am Ziel selbst winkt kein und preiswerte Vergnügen beim Gastwirt Herrn Stopp. Für die Jugend stellt die Neuberger Stadtkapelle zum Tanz auf. So, in Großmangen treffen sich noch einmal alle die Freunde einer schönen Kirmes, denn es ist wohl die letzte in unserer Umgegend.

Ein großes Bauprojekt der Reichsbahn, der Neu- bau einer festeren Brücke über die Luftlinie gegenüber der Zuden- fahrt Hofleben ist vor einigen Tagen definitiv vergeben worden. Die Eisenkonstruktion liefert die Firma Judo in Dortmund, die Aufstellung des hölzernen Gerüsts hat die Firma Böhle-Stran- furt a. M. in Auftrag erhalten. Die Baukosten werden mehr als 100.000 RM. betragen. Es ist erfreulich, daß auch in unserer Gegend ein größerer Betrag des von der Reichsbahn zu veran- gende Bankfonds kommt. Mit den Vorarbeiten zur Brücken- neuverung wird bereits begonnen.

Vom Fahrplan. Zahlreichen Wünschen entsprechend hat die Reichsbahndirektion Berlin angeordnet, daß der ursprüngliche Fahrplan für den Sommer vorgelegene Aufenthalt bei dem Glatz 161 in Breitenbrunn verkehrswegweise auch im Winter beibehalten wird. Der genannte Zug fährt um 16.43 Uhr in Erfurt und 17.39 Uhr in Breitenbrunn ab.

Sitzung des Kreisvereins Querfurter Deutschen Volkspartei. Am 8. Oktober fand in Querfurt a. M. eine Sitzung des Kreisvereins Querfurter Deutschen Volkspartei statt, die aus- gezeichneten Reden des Kreisvorsitzenden Herr Dr. Luffner, die aus- scheidungswahl vorgeschickten Wahlen für die einzelnen Gremien in der Parteiorganisation vor und wählte abernals zum Vorsitzenden des Kreisvereins Reichsamt und Notar Geyse-Freyburg, stellv. Vorsitzender wurde Studienrat Dr. Luffner-Mühlens, Kassierer blieb Bauntermann Steinfelder-Mennart. Als Beisitzer wurden die Herren Schulrat Mühlens-Mühlens, Kreis-Vorstand, Dr. Schepel- mann-Mühlens, Kampfer-Querfurt und Helfer-Landau bestimmt. Sodann wurde über die gegenwärtige politische Lage von allen Teilnehmern lebhaft diskutiert, wobei sich vollständige Einigkeit in der Auffassung ergab.

Gautag der Deutschen Falkenschaft. Am 4. und 5. Oktober trafen sich die thüringischen Vorle der Deutschen Falken- schaft zu ihrem Gautag in Weimar. Die Tagung wurde mit einer glanzvollen Willkommungsfeier eingeleitet, die in seiner nächsten Art und Form nach „Falken“ ist. Der Sonntag morgen brachte ein großes Festspiel der Jungfalken. Dann wurde die Generalversammlung des Bundes „1000 Jahre Deutscher Osten“ eröffnet. Der Nachmittag fand nach Beendigung der Führungstun- gen im Zeichen großer Festrede. In einer Fahrt zu drei drei- Gelingen fand die Tagung ihren Ausklang.

Generaterversammlung des Freiverbandes. Am 27. und 28. Oktober hält der Grenz- und Freiverband seine 39. Generalversammlung in Halle ab. Das Programm besteht aus Arbeitsbesprechungen über praktische Preisfragen, evangelische Mitarbeit im Rundfunk und um Gebiet des Films. Gen. Sup. Dr. Schöttler spricht zweimal über „Wie lag es uns Gott?“ und „Wie lagen wir es den Menschen?“

Der Wittenberger Reformationsgottesdienst im Rundfunk. In der Stadtkirche zu Wittenberg findet am 2. November, vorm. 10 Uhr ein Reformationsgottesdienst statt, für den ein besonders feierliches Programm vorgelesen ist. Als Liturgie wirkt Hr. Kempf mit, der die Liturgie nach reformatorischer Weise singen wird. Die Predigt wird von Gen. Sup. Prof. Dr. Schöttler gehalten. — Der Reformationsgottesdienst wird durch die Berliner Funkstelle und die Deutsche Welle, vielleicht auch durch andere deutsche Sender übertragen.

Memleben. Ein hieriger junger Landwirtschaftsgehilfe bogte sich am Sonntag ein Lehling zum Spagenschleichen und brachte es mit in die Wohnung seiner Eltern. In der Annahme, daß es nicht geladen ist, zielte er aus Scherz auf seinen Vater, welche es traf und traf ihn mit einem 100-Meter-Geschoss in die Brust. Nur den Umstand, daß das Geschoss das Brustblei des Vaters traf und den Schaden nicht durchschlug, ist es zu verdanken, daß kein größeres Unglück geschah. Der Betroffene erholte in der Unfallkassette der Gemeinde die erste Hilfe und konnte sich dann zwecks Entfernens des Projektils zum Rat begeben. Dagegen in unserem Ort durch Schulmedizin schon ohne Unfall ausgerichtet wurde, läßt sich die Jugend scheinbar nicht von der Gefahrlichkeit derselben überzeugen.

Donndorf. (Verpachtung der Klosterhölle.) Das Rentamt Vadra gibt bekannt, daß die Klosterhölle Donndorf, die seit 1926 Obererfol-Landbesitz ist, am 1. April 1931 mit allem Zubehör, Spielplätze, Gärten, eventuell einem Hofst. Band neu verpachtet werden soll.

Weimar. Die Zulassungsstelle beim Thüringischen Land- gericht in Weimar teilt mit: „Am Dienstfahrbuchfahren gegen den Oberbürgermeister Dr. Schöttler findet der auf den 10. Oktober 1930, vormittags 10 Uhr, angetraute Termin statt. Dr. Schöttler hat seinen Einpruch gegen die Ver- fügung des Volksbildungsministeriums, durch die er mit einer Ordnungsbüße von 50 RM bestraft worden ist, zu- rückgenommen.“

Salz. Laftauto gegen Lokomotive. Auf der Bahnhofsstraße Bitterfeld—Gunsdorf fuhr auf dem unbewach- ten Überwegungs der Landstraße Dessau—Leipzig ein Last- fahrgewagen der Firma Koll in Richtung gegen eine in Rich- tung Sandersdorf fahrende Lokomotive. Personen wurden nicht verletzt. Die Lokomotive und der Kraftwagen wurden beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei ge- klärt. Nach Aussage eines Augenzeugen hat der Kraftwa- genführer die Abzugssignale der Lokomotive verkannt überhört.

Salz. Der Regierungspräsident in Merseburg hat die kommunizistischen Magistratsmitglieder Klauß, Härtel und Sauer in Halle sowie das kommunizistische Magistrats- mitglied A. H. H. in Wittenberg ihrer Ämter ent- hoben und gegen sie ein Disziplinargericht mit dem Ziel der empfindlichen Strafen einmündet. Begründet wird die Maßnahme mit der Zugehörigkeit zur kommuni- zistischen Partei und damit, daß sie zur Steuererleichterung, zum Steuerfreit und zur Steuerabgabe aufgefordert haben.

Leipzig. In einem Unfall von Schwermut stürzte sich der Ministerpräsident der Firma Daser Albrecht-Geizig, Adolf H. Bergall auf der Straße von Dresden nach Leipzig bei Gröda aus einem fahrenden Zuge. Mit beträchtlichen Verletzungen wurde Lieberglad dem Weizner Landrenten- haus zugeführt. Lebensgefahr ist jedoch nach Ansicht der Ärzte nicht vorhanden. Durch den Unfall erleiden die Ge- schäfte der Firma finanzielle Unterbrechungen.

Magdeburg. Von den Elbeplänen wird jetzt nach den Nachrichten der letzten Tage etwa vier Meter Wasserstands- niedriger. In Auftrag wurde ein Wasserstand mit 0,40 Meter verzeichnet. Dresden verzeichnete einen Wasserstand von plus 1,35 Meter. Der Magdeburger Pegel erreichte einen Stand von plus 0,77 Meter. Rangum verlieren die Dampfer, die faden Sandströmung am Westufer zu ver- loren. Der Verkehr kann jetzt wieder besser durchgeführt werden. Der Schiffsverkehr ist jetzt wieder lebhafter geworden.

Magdeburg. Der Magistrat beauftragte sich mit den Folgen, die der Zusammenbruch der Reptunus-Versicherungs- gesellschaft Hamburg für die Stadt Magdeburg bringt. Bei dieser Gesellschaft hatte der Magistrat einen Schaden von 2 Millionen RM. Der Magistrat hat nun beschlossen, sämtliche Beträge mit der Reptunus-aktiva zu kündigen und die Gebäude zu- nächst für einen Monat bei der Magdeburger Feuerverle- rung, dem Gerling-Korner, der Allianz und der Gathair Feuerversicherung zu veräußern.

Magdeburg. Die Geseus-Verbering, Wolkenswerder 6, wurden mit einer schweren Gasvergiftung in das Kranen- haus Siedenburg eingeleitet. Die Feststellungen der Feuer- wehr ergaben, daß es sich vermutlich um einen verhängnis- vollen Unfall handelt, da beim Eindringen in die Woh- nung deren sämtliche Türen zu den einzelnen Zimmern offen waren. Der Gasdruck nach nicht hoch geblieben, so daß möglicherweise Gründe, die die Annahme eines Selbstmordes- liches rechtfertigen, nicht vorliegen.

Neuhaldensleben. Die 56. Sumpferammlung des Kreisvereins Lehrerverbände der Provinz Sachsen wurde hier eröffnet. Ueber laudend Lehrer waren anwesend. Das Oberpräsident, die Kreispräsident, die Bildungsämter- leiter von Halle, und Erfurt waren ebenfalls anwesend.

Wernigerode. Nachdem schon in den letzten beiden Wochen im Oberharz nachts harte Fröste aufgetreten waren, ist am Dienstag auf dem Brocken der erste Schnee gefal- len. Das Thermometer zeigt einen Stand knapp über Null.

Falkenberg. Das Auto auf dem Hauptfah- r. Eine Wildschilde rufe in voller Fahrt gegen eine Schranke der Falkenberg—Bismarckener Eisenbahn, durchdrang sie und führte nach Beschädigung des zweiten Schienenbaus auf den Weichen fest. Der Kraftwagenführer erlitt schwere Quetschungen und Schnittwunden am Kopf und liegt ver- nunftungsunfähig darnieder, so daß über die Ursache des Un- falls noch nichts in Erfahrung zu bringen war.

Braunschweig. Das Staatsministerium hat beschlossen, die Kreisdirektoren der Kreisdirektion Braunschweig, Holz- minden, Gundersheim und Blankenburg, durchdrang sie und führte nach Beschädigung des zweiten Schienenbaus auf den Weichen fest. Der Kraftwagenführer erlitt schwere Quetschungen und Schnittwunden am Kopf und liegt ver- nunftungsunfähig darnieder, so daß über die Ursache des Un- falls noch nichts in Erfahrung zu bringen war.

Aus Nah und Fern.

Nowawes. Wegen Arbeitslosigkeit in den Tod. Die 44jährige unterbeiratete Emma Mühl aus Nowawes hat im Weidmühl-See Selbstmord begangen. Ihre Leiche konnte geborgen werden. Der Grund der Tat ist in Arbeitslosigkeit zu suchen.

Kalkriin. Die Ober feigt weiter. Seit etwa acht Tagen ist die Ober durch das Anstücken der Nebel- stöße in fettem Stößen begriffen, ebenso auch die Warte, so daß die Ober- und Wartezeiten weithin, letztere bis nach Sonnenberg hin, unter Wasser stehen.

Leipzig. Die Leipziger Beivergaltungen von den St. Barbara-Direktionen. In der Sitzung der Leipziger Stadtratsmitglieder sind die rechtlichen Folgen be- sprochen worden, die für die Stadt aus den Weidmühl-See er- folgen können. Dabei ist vom Oberbürgermeister Dr. Goebeler erklärt worden, daß Rechtsansprüche von Ge- schädigten gegen die Stadt bisher nicht erhoben worden seien. Sollten solche Ansprüche erhoben werden, so würden sie auf die lokale Art zur Erledigung kommen. Oben- selbsterklärt, daß die Stadt ihrerseits sich über die etwaige Regrepanzfrage sichere. Der Stadtrats- ordner Weiler erklärte, daß er in seiner Eigenschaft als Rechts- anwalt beauftragt worden sei, in einer ganzen Reihe von Fällen gegen die Stadt Schadenersatzklagen im Namen von durch Beivergaltungen Geschädigten zu erheben. Um übr- ige sind die Stadtratsmitglieder gekommen, sich die Dinge ent- wickeln zu lassen.

Bad Liebenwerde. Die „Liebenwerder Kreisblatt“ tritt jetzt in sein hundertstes Lebensjahr ein. Am Freitag, dem 7. October 1831, erschien die erste Nummer des Kreisblattes, was durch eine Verkünnung des Landrats Frö. von Weiden-

Arbeiterpartei und Handelspolitik.
Freihandel oder Schutzoll?

London, 9. Oktober.
Die große Tagung der englischen Arbeiterpartei zeigt nicht nur die Geschlossenheit und die Einigkeit dieser Partei, die sich in einer stürmischen Begrüßung Macdonalds so spontan äußerte, sie zeigt daneben auch die Schwierigkeiten, die sich für die Partei aus der Regierungsverantwortung auf verschiedenen Gebieten ergeben.
So leidet man sich über sozialpolitische Probleme klar zu werden vermag, so un bequem liegen die Dinge in Fragen der Handelspolitik. Hier stehen sich im Lager der Arbeiterpartei die beiden um die Vorcherrschafft kämpfenden Ansichten, die freihändlerische und schützertische in voller Schärfe gegenüber, und es war kennzeichnend für die Unklarheit dieses Problems, daß auf dem Kongreß zwei Redner, die nacheinander mit aller Entschiedenheit die beiden Theorien verfochten, fast den gleichen Beifall erhielten.
Macdonald war mit hartem Nachdruck für Freihandel und gegen die Zollpolitik als ein Wertzeug überliefert

wirtschaftspolitischen Auffassung eingetreten, während Sir Oswald Mosley eine grundsätzlich schützertische Rede hielt, bei der er besonders auf die hier gegebenen Möglichkeiten einer wirksameren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hinwies. Mosley bezog sich dabei auf ein Memorandum, das bereits vor einigen Monaten eine Rolle gespielt und schließlich zu dem Austritt Mosleys aus dem Kabinett geführt hat. Wie geteilt die Meinung der Partei ist, das kam auch in einer Abstimmung über dieses Memorandum zum Ausdruck, für das 1 046 000 Stimmen abgegeben wurden, während sich gegen das Memorandum 1 251 000 Stimmen erhoben. Von einer so unsicheren Basis aus ist es für die englische Arbeiterpartei natürlich schwer, in der Handelspolitik eine energische Führung zu ergreifen.

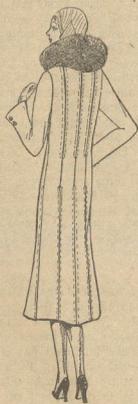
Das neue Parlament in Finnland.

Eine Schätzung der Zusammensetzung.
Helsingfors, 9. Oktober.
Das neugewählte finnländische Parlament wird voraussichtlich folgenden Bestand aufweisen: Sozialdemokraten 71 Abgeordnete (bisher 60), Agrarpartei 57 (59), Konservative

Sammlungspartei 40 (28), Schwedische Volkspartei und Schwedische Linken 22 (24), Fortschrittspartei 9 (7).
Aus den vorläufigen Schätzungen ergibt sich, daß trotz der Vorpobewegung die Sozialdemokratie einen beträchtlichen Zuwachs erhalten hat, der wohl im wesentlichen durch den Fortfall der kommunistischen Liste zu erklären ist. Ein großer Wahlerfolg hat auch die konservative Sammlungspartei aufzuweisen. Das endgültige Ergebnis kann allerdings noch erhebliche Abweichungen von dieser Schätzung zeigen. Immerhin scheint es fraglich, ob die Rechte i. Einmütigkeit eine Mehrheit für die verfassungsändernden Gesetze gegen den Kommunismus erzielen wird.

Beschlüsse der Balkankonferenz.

Athen, 10. Oktober. Die erste Balkankonferenz fasste den Beschluß, jährlich eine Zusammenkunft der Außenminister der Balkanstaaten anzusetzen. Weiter wurde beschlossen, die Frage eines Balkanpactes zu studieren und einen Vertragsentwurf auszuarbeiten, der die Ausschaltung des Krieges und die friedliche Beilegung aller Streitfälle zwischen den Balkanvölkern vorzieht.



Unsere Auswahl in:
Damen-, Badfisch- und Kinder-Mäntel
ist bekannt.
Bedeutender Preisabbau
durchgeführt
Kleiderstoffe
in Wolle
Seide
in gediegenen Qualitäten
Bitte überzeugen Sie sich



Zu abgebauten Preisen verkaufen sämtliche anderen Artikel.
Besonders schöne Auswahl in:
Herren- und Burdenanzügen
— ein- und zweireihig —
Ulster, Paletots
Sport-Anzüge, Windjacken
Arbeitsbosen, Stoffbosen
Pilot- und Manchesterbosen
Kinder-Anzüge
und
Ulster / Strick-Anzüge

Telefon 270

Täglich Eingang von Neuheiten. — Ansicht gestattet ohne Kaufzwang.

Telefon 270

Geschäftshaus Hermann Land Nachflg. • Rosleben

Stadt-Lichtspiele Nebra

Gonabend, den 11. und Sonntag, den 12. Oktober,
abends 8.30 Uhr

bringen wir den in Fads- und Publikumskreisen mit größter Spannung erwarteten **ersten vollkommenen**

100%igen Harry-Liedtke-Con- und Sprechfilm:

Der Korvettenkapitän
BLAUE JUNGES VON DER MARINE
HARRY LIEDTKE
BRITZ SCHWINGE
Ein 100%iger Tonfilm in deutscher Sprache mit Gesang
AFA-FILM

Im kommenden Beiprogramm:
„Felix der Kater“ in „Unrecht Gut gedeihet nicht!“
Außerdem ein Kulturfilm.

Zum Schneidern

in und außer dem Hause empfiehlt sich
Luise Drechsler, Nebra,
Bahnhofstraße 20.
Gehe auch auswärts

Hypotheken

1. und 2. Stelle, auch **Baugelder** noch zu vergeben. Kein Vermittler. Zuschriften bitte unter A. 3.104 an d. Geschäftsst. d. B. V.

Drucksachen

für Handel Gewerbe und Industrie fertigt an
Buchdruckerei W. Sauer

Feilverpachtung.

Wegen der geringen Höhe der in dem Verpachtungsstermine am 4. d. Mts. abgegebenen Gebote für die städtischen Gärten hinter den Weinbergswegen ist die Erteilung des Zuschlages abgelehnt.

Nebra, den 10. Oktober 1930.
Der Magistrat Gränberg.

Großwangen

Zur **Kirmes, Sonntag, den 12., und Montag, den 13. Okt., sowie zur Kleinkirmes, Sonntag, den 19. Okt.,** von nachm. 3 Uhr an

feine Ball-Musik
(Kapelle Stein)

Rübe und Keller bieten das Beste!
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Bruno Staps und Fran.

Ohne Reklame kein Geschäft!

Wir reinigen und färben
Damen- und Herren Garderobe.
Wir waschen Kragen u. Oberhemden und Hausratswäsche.
Bekannt gute Ausführung.
Vereinigte Färbereien & Wäschereien
HAUENBERGER-GRÜGENBERG-UNION-GIESERT-G.M.B.H.
Annahme bei:
Friedrich Groß
Schneidermeister
Nebra, Reinsdorfer Straße 4

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM. — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wiltz, Sauer in Koblentz.
Druck- und Briefabfertiger: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 50 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Katern.

Nr 121

Sonnabend, den 11. Oktober 1930

43. Jahrgang

Zur Kabinettsitzung.

Kein Wechsel der Außenpolitik.

Berlin, 9. Oktober.
Zu der amtl. Berichterstattung über die Kabinettsitzung an der sämtlichen Minister teilnehmend, wird von gut unterrichteter Seite noch ergänzend berichtet, daß die Erklärungen des Reichsaußenministers über die künftig zu verfolgende deutsche Außenpolitik auch von allen Ministern gebilligt worden sind.

Die Regierungserklärung, die der Reichstagsler vorwiegend am kommenden Dienstag oder Mittwoch vor dem Reichstag abgeben wird, dürfte in außenpolitischer Hinsicht etwa betonen, daß das amtierende Kabinett die bisherige Außenpolitik fortzusetzen gedenkt, daß es jedoch den europäischen Zustand, wie er durch die Friedensverträge und die Reparationsabmachungen herbeigeführt worden ist, keineswegs als endgültig ansieht.

Vortrag Brünings beim Reichspräsidenten.

Reichstagsler Dr. Brüning hielt dem Reichspräsidenten Vortrag über den Ausgang seiner Parteiführerbesprechungen. Es ist anzunehmen, daß er hierbei gleichzeitig auch über den wesentlichen Inhalt der Regierungserklärung, die er am kommenden Dienstag oder Mittwoch dem neuen Reichstag vorzutragen gedenkt, berichtet wird.

Nach Lage der Dinge kommt zur Zeit die Erstellung irgendwelcher neuen Verträge durch den Reichspräsidenten an Dr. Brüning selbstverständlich nicht in Frage.

Weor in dieser Hinsicht weitere Entscheidungen getroffen werden, wird abzuwarten bleiben, wie sich der Reichstag zu der Erklärung des Reichstagslers stellt. Auch die von verschiedenen Seiten prophezierte Umbildung des Reichskabinetts in personeller Hinsicht dürfte keineswegs aktuell sein.

Die Industrie zur Sanierung.

Berlin, 10. Oktober.
Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat sich in einer außerordentlichen Präsidialsitzung mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung beschäftigt und dazu folgende Stellung eingenommen:

Der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung ist als ein erster Schritt zu wünschigen, die öffentlichen Finanzen Deutschlands in Ordnung zu bringen und die deutsche Wirtschaftspolitik den Verhältnissen anzupassen, die durch die Veränderungen auf dem Weltmarkt, durch die hohen Reparationsverpflichtungen Deutschlands und die verfallenen Maßnahmen der Vergangenheit entstanden sind. Der Plan ist geeignet, das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen, wenn er tatkräftig durchgeführt wird und wenn alle Volksteile in dem Wunsche einig sind, unter Vermedung von Experimenten den völligen Wirtschaftszusammenbruch abzuwehren.

Es ist nicht Aufgabe des Augenblicks, zu den Einzelheiten des Planes Stellung zu nehmen und auf die an manchen Stellen vorhandenen Mängel und Unstimmigkeiten hinzuweisen, weil die Gesamtwürde erst abgewartet werden müssen. Der Grundgedanke des Programms ist richtig, wenn er davon ausgeht, daß in erster Linie unter Ausschaltung der Sparmaßnahme und unter Eindämmung der wirtschaftsschädlichen Steuern eine einseitige und zielfichere Gestaltung der öffentlichen Finanzpolitik und eine vollständige Ordnung der öffentlichen Finanzen, insbesondere auch der Finanzen der Länder und Gemeinden, geschaffen werden muß.

Die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß ist nur möglich, wenn die Höhe der öffentlichen Ausgaben und aller Bestandteile der Produktionskosten nicht hemmend im Wege steht. Nur so kann auch der Preisabbau der Verbrauchsgüter und Produktionsmittel verwirklicht werden.

Wenn es gelingt, auf diesem Wege die Produktionskosten zu oemindern und den Preisabbau zu sichern, dann bedeutet die Herabsetzung von Lohn und Gehalt keine Verminderung der Kaufkraft und keine Befristung der Lebenshaltung. Vielmehr bewirkt die dadurch ermöglichte Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben eine Erhöhung der Gesamtkaufkraft und der einzelnen Sparfähigkeit.

In seinem Programm für die Geltung der innerdeutschen Verhältnisse darf die Verwaltungs- und Verfassungsreform fehlen. Sie ist von entscheidender Bedeutung und darf nicht aufgeschoben werden.

Gewerkschaften — Regierungsprogramm.

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes. . . .
Berlin, 10. Oktober.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine Vorstandssitzung abgehalten, in der außer zu organisatorischen Fragen

auch zu der gegenwärtigen schwierigen Gesamtlage Stellung genommen wurde. Zu dem Regierungsprogramm nahm der Vorstand folgende Entschlüsse an:

Die überaus ernste Lage, in der sich Staat und Wirtschaft befinden, erfordert auf verschiedenen Gebieten durchgreifende und auf weite Sicht berechnete Maßnahmen. Der D. G. B. begrüßt eine Reihe der im Regierungsprogramm vorgezeichneten Maßnahmen. Ungeachtet dieser Zustimmung bringt der Vorstand aber zum Ausdruck, daß er gegen verschiedene Punkte des veröffentlichten Programms und seiner Begründung wesentliche Bedenken hat.

Er hält u. a. eine noch stärkere Einschränkung der Verwaltungsausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden für notwendig. Die heilige Regelung der Arbeitslosenversicherung muß in Zukunft einer zweckmäßigeren, organischen Gestaltung mit dem Ziele einer Entlastung Platz machen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt eine gerechte Lohnverteilung und wendet sich nachdrücklich gegen die jetzt allgemein eingehenden Forderungen auf weitere Herabsetzung der Lebenshaltung der arbeitenden Volksschichten. Die Arbeitnehmer haben ferner die größten Opfer für die Geltung der Wirtschaft gebracht.

Den leitenden Gedanken der Begründung des Regierungsprogramms, daß die Höhe der Gehälter und Löhne sowie der Soziallasten der auch aus gesundheitlicher Erhaltung eine leistungsfähigen Wirtschaft hemmend im Wege stehen, hält der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes für abwegig. Zu dieser Haltung fügt sich der Vorstand umso mehr verpflichtet, als das Regierungsprogramm zu dem notwendigen Preisabbau eine entchiedene Stellungnahme verweigert läßt.

Die Christlich-sozialen Gewerkschaftsbewegung verlangt vor allen Dingen die Befreiung des deutschen Volkes von den überspannten Lasten des Boungplanes.

... und der Christlichen Gewerkschaften.

Der Hauptvorwand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands hielt in Königsbrunn eine Sitzung ab, in der er sich an erster Stelle mit dem Programm der Reichsregierung beschäftigte. In dem Programm sehen die Christlichen Gewerkschaften einen ersten Versuch, in Staat und Wirtschaft wieder zu geländerten Verhältnissen zu kommen.

Zu einigen Punkten des Programms und seiner Begründung durch die Reichsregierung haben die Christlichen Gewerkschaften besonders nach der sozialpolitischen Seite hin ernste Bedenken. Die Christlichen Gewerkschaften haben in den letzten Jahren wiederholt eine gerechte Tributregelung verlangt. Diese Forderung stellen sie jetzt erneut mit allem Nachdruck auf. Das deutsche Volk, das zur Zeit unter den Belastungen des Boungplanes schwer leidet, bedürfte dringend der Befreiung von ungesunden und überspannten außerpolitischen Lasten und Bedrückungen.

Sorgen der Landwirtschaft.

Erleichterungen für Verbindlichkeiten.

Berlin, 10. Oktober.

Unter Vorsitz von Reichsminister Schiele wurde im Reichsernährungsministerium von Vertretern der Kreditinstitute, des Handels und der Genossenschaften darüber verhandelt, welche Erleichterungen für die fälligen landwirtschaftlichen Erbschuldverbindlichkeiten angeht. Von wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gewährt werden können. Uebereinstimmung bestand darüber, daß eine generelle Prolongation der fälligen Wechsel nicht angängig ist, da hierdurch die Finanzierung der nächstjährigen Dünge- mittelbeschaffung gefährdet werden würde. Die große Mehrheit der erschienenen Vertreter war in Würdigung der gesamten landwirtschaftlichen Lage und der bestehenden Absatz- städungen für Ernteeinzugnisse bereit, die Rückforderungen auf die in den nächsten Wochen fälligen Dünge- mittelwechsel unter individueller Prüfung der Verhältnisse elastisch zu gestalten.

Infern die entsprechenden verwertbaren Teile der Ernte beim Erzeuger noch vorhanden sind. Eine Ueberzeichnung der Dünge- mittelkredite der vergangenen und der bevorstehenden Dünge- mittelkampagne soll dabei als weder im Interesse der Landwirtschaft noch ihrer Gläubiger liegend vermieiden werden.

Groener über den Reichswehrprozeß.

Ein Brief an General von der Goltz.

Berlin, 9. Oktober.
Reichswehrminister Groener hat in Beantwortung eines in verschiedenen deutschen Zeitungen erschienenen Artikels von Generalmajor a. D. Graf von der Goltz an diesen einen Brief gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Sie haben Bemerkungen zu dem Prozeß gegen die Ulmer Offiziere veröffentlicht, deren grundsätzliche Bedeutung mich veranlaßt, näher auf sie einzugehen.

Sie werfen zunächst die Frage auf, ob die Verurteilungen dieser jungen Offiziere nicht disziplinär hätten erledigt werden können. Hierzu ist folgendes zu sagen:

Nach der ersten Mitteilung, welche der Oberleutnant Weßhoff pflichtgemäß nach der Unterredung mit dem Leutnant Scheringer seinem Kommandeur machte, ist eine disziplinar Unterredung durch einen General, einen Major und einen Heresensmann veranlaßt worden. Der Scheringer damals seine Bestrebungen als durchaus harmlos hinzu- stellen wußte und da er insbesondere durch das Zeugnis des damals noch nicht befähigten Leutnants Rubin völlig entlastet wurde, habe ich geglaubt, den offenen Auslagen der beiden jungen Offiziere Glauben schenken zu können. Die Angelegenheit sollte durch eine eindringliche kameradschaftliche Belehrung als erledigt gelten.

Zwei Monate später ging jedoch eine Meldung eines anderen Offiziers ein, die betraf, daß der Leutnant Rubin an dem gleichen Tage, an dem Leutnant Scheringer in Ulmer war, in Berlin eine Besprechung abgehalten hatte, in welcher die beiden Offiziere Glauben schenken zu können. Die Angelegenheit sollte durch eine eindringliche kameradschaftliche Belehrung als erledigt gelten.

Sie haben weiterhin die Art der Berührung der Offiziere beanstandet. Hierzu ist folgendes festzustellen: Der und Zeit der Berührung wurden von dem Unterleutnantsrichter und dem ihn begleitenden Stabsoffizier mit dem Abteilungs- kommandeur der beiden Offiziere vereinbart. Sie wurden unaufrichtig und durch Vermittlung ihres Abteilungs- kommandeurs bei einem Dienst außerhalb der Garnison festgenommen. Das Ansehen des Offizierskorps wurde hierbei soweit vernachlässigt, wie dies überhaupt möglich war. Auch vor dem Kriege hätte kein Kommandeur die Zulassung eines Hauptleutnants dem Reichsgericht verweigern können.

Sie weisen als alter Soldat, daß die Grundlage der Wehrmacht, bedingungslos und vorbehaltlos Gehorsam ist. Eine Wehrmacht ohne einen solchen Gehorsam ist wertlos. Sie werden sich gut genug kennen, um zu wissen, daß ich mit Ihnen in der Auffassung einig bin, daß die Verletzung des Vertrauens und aller Disziplinar der Beruf der Reichswehr ist. Gerade diese Auffassung verlangt es, daß nicht Parteiprogramme oder löbliche Schlagworte darüber entscheiden, auf welche Art die Reichswehr dem Vaterland dient, sondern der Wille des Reichspräsidenten und der von ihm ernannten obersten Führer. Sie allein sind in der Lage, die staatlichen Interessen und Möglichkeiten zu überlehen. Wer ihre Autorität untergräbt, verlegt sich an der Wehrmacht und am Vaterland.

Wiener Zeitungsbeschlagnahmungen.

Anruf der österreichischen Sozialdemokraten.

Wien, 10. Oktober.

repondenz über alle in diesen Tagen zu Beschlagnahme der „Volks- wachen“ herausgegeben werden. entlich in ihrem Balaufwurf. Für die Wahlen in stark der Regierung unter der Aufsicht der Waffen zuge- und der Genbar- erung der Wirt- beschleunigen, möglich werden. für die Freiheit, und den Anstöß

Wahlen.

in Teil foltober.

in, 10. Oktober.

eb in der Memel- schaft. Wie nun- fro, hat die wachen, obwohl die Wahlen zum mecklenbischen Landtag bereits am 10. Okt. stattfinden, nicht eingegangen. Nur die Wahlrechtskommission ist in letzter Stunde noch umgebildet worden, während die Pressegenau nach wie vor weiterbesteht. Die Wähler erklären zwar, daß es sich bei den in der mecklenbischen Presse gegebenen Artikeln nicht um solche handele, die die Wahlen betreffen. Doch ist das eine glatte Unwahrheit, und es beweist, daß die litauische Regierung in dieser Hinsicht ihr Bestreben nicht gehalten hat, kann jedoch erst erbracht werden.

In der Frage der Umbildung des Landesdirektoriums sind lediglich neue Verordnungen gemacht worden, von denen es aber fraglich erscheint, ob sie eingeleitet werden. Der zurückgetretene Außenminister Janin, der provisorisch sein Amt weiterführt, hat der Reichsregierung erklärt, daß die größten Anstrengungen gemacht würden, um noch in letzter Stunde den Genf eingegangenen Verpflichtungen

